

Gefahr für die Wissenschaftsfreiheit

In einem offenen Brief an den ungarischen Ministerpräsidenten äußern zehn Wissenschaftsorganisationen ihre Sorge um die Wissenschaftsfreiheit in Ungarn.

Im Juli hat das ungarische Parlament einem Gesetz zugestimmt, das eine Reform der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, ihre Umstrukturierung und die Auslagerung ihrer Institute in ein neues Forschungsnetzwerk vorsieht. Das Gesetz soll am 1. September in Kraft treten und knüpft an Gesetzesvorhaben an, mit denen die ungarische Regierung ihren Einfluss auf die Wissenschaft vergrößern will. In einem offenen Brief an den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán haben Anfang Juli zehn deutsche Wissenschaftsorganisationen ihre Sorge um die Wissenschaftsfreiheit in Ungarn geäußert.¹⁾

Gezeichnet haben den offenen Brief die Vorsitzenden bzw. Präsidenten der Alexander von Humboldt-Stiftung, der DFG, der Fraunhofer- und der Max-Planck-Gesellschaft, der Hochschulrektorenkonferenz, der Leibniz- sowie der Helmholtz-Gemeinschaft, der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, des DAAD sowie des Wissenschaftsrats. Diese Allianz der Wissenschaftsorganisationen äußert die Sorge, dass die Regierung mit ihrem Vorhaben künftig direkten Einfluss auf die wissenschaftliche Ausrichtung des neuen Forschungsnetzwerks nehmen wird. Denn das Aufsichtsgremium des neuen sog. Eötvös-Lóránd-Forschungsnetzwerks soll mit 13 Personen besetzt sein, von denen je sechs von der Akademie der Wissenschaften und vom Innovationsministerium entsendet werden. Bei Abstimmungen wird es auf den Leiter des Gremiums ankommen, den Regierung und Innovationsminister Palkovics gemeinsam bestimmen.

Die ungarische Regierung hatte erklärt, mit ihrem Vorhaben dem deutschen Vorbild der außeruniversitären Forschungsorganisationen folgen zu wollen, etwa analog zur Auflösung der DDR-Akademien nach der Wiedervereinigung. Der offene Brief macht klar, dass der Vergleich hinkt: So sei die Integration vieler Akademie-Institute in die Leibniz-Gemeinschaft



Die Ungarische Akademie der Wissenschaften in Budapest ist die traditionsreichste und forschungstärkste Einrichtung in Ungarn mit mehr als 5000 Mitarbeitern.

unter strenger Evaluation durch den Wissenschaftsrat geschehen und hätte den Instituten direkte wissenschaftliche Selbstverwaltung und verlässliche Finanzierung gewährt.

Anlass zur Sorge gebe auch der geplante Finanzierungsmodus des Forschungsnetzwerks: Denn es ist keine Grundfinanzierung vorgesehen, um beispielsweise festangestellte Forscher zu bezahlen, und die projektbasierte Forschungsfinanzierung soll politisch gesteuert werden. Wissenschaftliche Selbstverwaltung wie in der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) sei nicht vorgesehen. Die Darstellung, die neue Struktur der Akademie werde exakt der MPG entsprechen, sei sachlich falsch, heißt es in dem offenen Brief. Zudem solle künftig ausschließlich Forschung des „öffentlichen Interesses“ gefördert werden, damit sei unter anderem die Genderforschung als „vermeintliche Nicht-Wissenschaft“ von der Finanzierung ausgeschlossen.

1) Der offene Brief findet sich unter bit.ly/2TxyM5h.

Mit über 30 offenen Briefen haben die wissenschaftlichen Communities in Ungarn und europäische Dachverbände gegen die Reform der Akademie protestiert. In einer gemeinsamen Stellungnahme bedauern die Rektorenkonferenzen von Deutschland, Polen und Österreich das Ausbleiben einer gründlichen Konsultation mit relevanten Stakeholdern während der Ausgestaltung des Gesetzes.

Die Ungarische Akademie der Wissenschaften hatte sich geschlossen gegen das neue Gesetz ausgesprochen. László Lovász, Präsident der Akademie, hatte in einer Pressekonferenz erklärt, dass der geplante institutionelle und finanzielle Rahmen gegen die europäischen Grundsätze der Forschungsförderung verstoße und die akademische Freiheit bedrohe. Die Akademie habe unermüdlich verhandelt, doch seien die Bemühungen vergeblich gewesen. Die EU-Kommission hat angekündigt, das umstrittene Akademie-Gesetz nun zu prüfen.

Maike Pfalz